
Eingereicht durch:	Eingang BVV:	24.05.2018
Husein, Timur	Weitergabe an BA:	29.05.2018
Fraktion der CDU	Fälligkeit (Eingang BVV):	12.06.2018
	Fristverlängerung:	
Antwort von:	Erledigt:	26.06.2018
Abt. Bauen, Planen und Facility Management		

Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) in Friedrichshain-Kreuzberg Teil 3

Sehr geehrter Herr Husein,

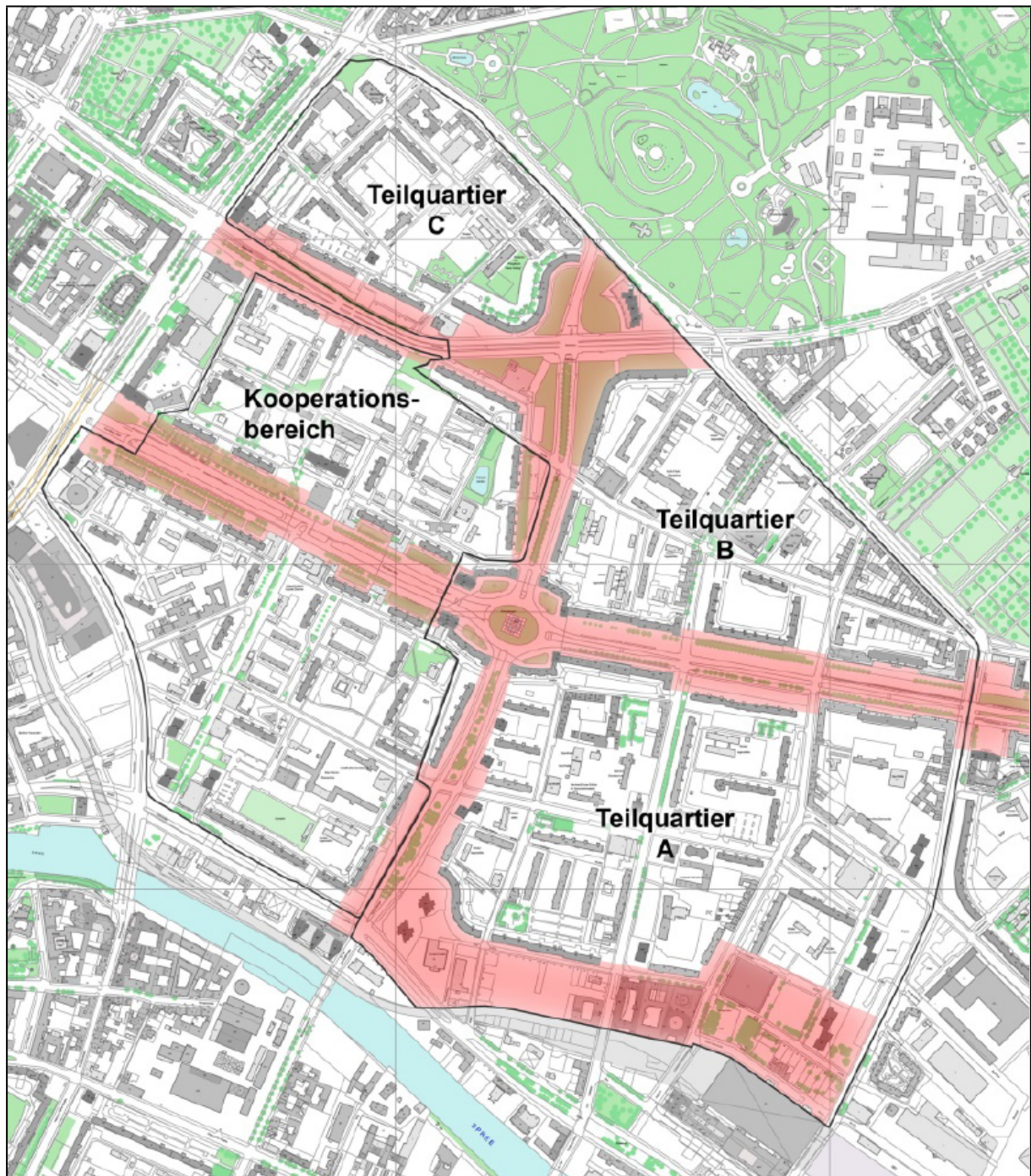
Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Bezugnehmend auf die Antwort des Bezirksamts zu meiner Schriftlichen Anfrage 182/V frage ich das Bezirksamt, wie es den Ansatz verfolgt, Flüchtlingswohnungen als einen Aspekt der Quartiersentwicklung und Nachverdichtung mit besonderer Priorität zu verfolgen?

Das umfangreiche Partizipationsverfahren zum Gebiet Friedrichshain West, dass sich beispielhaft mit allen Themen der wachsenden Stadt befassen soll, befindet sich aktuell in Vorbereitung (federführend: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen). Nach der zurzeit laufenden Grundlagenermittlung wird die konkrete Aufgabenstellung für das Partizipationsverfahren formuliert werden. In diesem Rahmen wird das Bezirksamt darauf hinwirken, neben anderen relevanten Belangen, auch den Belang des Geflüchtetenwohnens in der Zielstellung des Verfahrens zu verankern.

2. Wie ist der Bereich "Friedrichshain West" nach Ansicht des Bezirksamts begrenzt?

Die Abgrenzung des Bereiches Friedrichshain West entspricht der Abgrenzung des Gebietes im Rahmen des Partizipationsverfahrens Friedrichshain West: Teilquartiere A, B und C auf folgender Abbildung.



3. Wurde mit den zuständigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften über den Ansatz des Bezirksamt gesprochen?

Das Anliegen des Bezirksamts wurde in einer Steuerungsrunde bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, deren Mitglied auch die Geschäftsführung der WBM ist, vorgebracht. Es wurde verabredet, in Abstimmung mit allen Beteiligten (insbesondere auch der Senatsverwaltung für Integration und Soziales) zu gegebener Zeit geeignete Beteiligungs- und Planungsformate in das Partizipationsverfahren Friedrichshain West zu integrieren.

4. Wenn ja, was sind die Ergebnisse (Anzahl der Flüchtlinge, welche Art der Unterbringung etc.)?

Siehe Beantwortung zu Frage 3.

5. Wenn nein, warum nicht und wann werden die Gespräche aufgenommen?

Das Bezirksamt erarbeitet derzeit ein Grundlagenpapier zu diesem Themenbereich. Nach Erstellung und interner Abstimmung sollen Gespräche mit externen Akteuren folgen.

6. Bezugnehmend auf die unzureichende Antwort Nr. 2. zu meiner Schriftlichen Anfrage 182/V frage ich nochmals: Wie viele Flüchtlinge sollten wie in der Kochstr. 1-4 untergebracht werden angesichts der vermieteten Wohnungen in der Kochstr. 1-4? Ich möchte darauf hinweisen, dass es rechtlich unbedeutend ist, ob das Bezirksamt meine Frage inhaltlich nachvollziehen kann, da es nur dazu verpflichtet ist, meine Anfrage zu beantworten.

Es erfolgte eine grundlegende Prüfung ohne Nennung einer Anzahl unterzubringender Personen. Daher kann die Frage nicht anders als in der SA/182/V beantwortet werden.

7. Wer ist der Vermieter/Eigentümer der Wohnungen/des Grundstücks in der Kochstr. 1-4?

Das Grundstück befindet sich in Landeseigentum und ist der WBM per Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Schmidt